

Tobias Boos

---

## Ein Hut, zu viele Köpfe<sup>1</sup> Zu Geschichte und Theorie des Populismusbegriffs

Man wird auch hier sehen können, wie konventionell die Terminologie ist, aber ihre Bedeutung beim Verursachen von Irrtümern und Abweichungen hat, sobald man vergißt, dass man immer zu den kulturellen Quellen zurückgehen muss, um die genaue Bedeutung der Begriffe festzustellen, weil unter demselben Hut verschiedene Köpfe sein können. (Gramsci, GH11 §16: 1407)

Der rasante Aufstieg des Populismusbegriffs ist erstaunlich. Der Duden führt ihn erst seit 1980, D'Eramo (2013) wiederum zeigt, wie der Terminus nach dem Zweiten Weltkrieg in der Wissenschaft erst sehr zögerlich Einzugerhält und seine Nutzung vor allem ab den 1990er Jahren exponentiell zunimmt. Für D'Eramo ist dieser Aufstieg verknüpft mit dem politischen Projekt eines liberalen Revisionismus in den USA und mit dem Kalten Krieg, der die frühen populistischen Bewegungen zur Jahrhundertwende als protofaschistisch zu charakterisieren beginnt und das neue Paradigma der Totalitarismus-, später dann Extremismus-Theorie etabliert. Aus seiner Sicht ist die Unschärfe des Begriffs also nicht eine zu klärende wissenschaftliche Frage, sondern letztlich politischer Sinn und Zweck seiner Existenz: die eigentlichen Gegensätze Faschismus und Kommunismus, später dann Rechts- und Linkspopulismus werden mit seiner Hilfe als Kontinuum konstruiert und so ihre programmatischen Unterschiede verwischt (D'Eramo 2013: 14, 21).

Diese Analyse ist stichhaltig, gleichwohl muss sie aus zweierlei Gründen unbefriedigend bleiben. Einerseits tut man den zahlreichen wissenschaftlichen Erklärungsansätzen zum Populismus unrecht, sie ausschließlich auf ihre politische Stoßrichtung zu beschränken. Der Konjunktur des Begriffs nachzuspüren hilft zwar, um seine politische Dimension präsent zu halten, gleichwohl erschöpft er sich nicht in ihr. Andererseits macht D'Eramos Analyse selber deutlich, dass Populismus sowohl als politischer wie auch als analytischer Begriff heute gesell-

---

1 Vielen Dank an Stefan Pimmer, Tobias Zortea und die PROKLA-Redaktion für ihre Anmerkungen und Kommentare. Der vorliegende Artikel wurde verfasst im Rahmen eines Forschungsaufenthalts an der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO), Quito.

schaftlich wirkmächtig ist. Schon frühere Vorschläge, ihn als wissenschaftlichen Begriff zu entsorgen (Roxborough 1984), haben dem keinen Abbruch getan.

Statt also fortwährend seine Unschärfe zu beklagen, sollte die Hochkonjunktur des Begriffs selbst als gesellschaftliches Phänomen gelesen werden. Seine inflationäre Verwendung verweist auf die deutlicher zutage tretenden Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung (Demirović u.a. 2011), in der gesellschaftliche Konstellationen aufbrechen, neue Akteure in Erscheinung treten und deren Neukonfiguration zur Disposition steht. So verstanden erscheint es plausibel, die aktuelle Omnipräsenz des Populismusbegriffs zunächst als Sprachlosigkeit der Wissenschaft und der Linken gegenüber der aktuellen gesellschaftlichen Konjunktur zu deuten. Dies zeigt sich auch in Debatten, in denen sich die Verwendung als Kampfbegriff und analytisches Werkzeug permanent vermengen. Ist hier von Populismus die Rede, gibt es zumeist große Schnittmengen mit dem Begriff der Demagogie. Gemeint ist zumeist ein reddegewandter (Ver-)Führer, welcher die Massen über die Emotionalisierung von Politik und falsche Versprechungen auf seine Seite zieht – oder auch dessen weibliches Pendant. Diese Politik wird hier als irrational und „betrügerisch“ gebrandmarkt, ohne auf ihren konkreten Inhalt weiter einzugehen. Diese unübersichtliche Gemengelage wirft die Frage auf: Welchen politischen und analytischen Beitrag kann der Begriff des Populismus eigentlich leisten, und welchen Mehrwert hat er aus einer linken Perspektive?

Ziel dieses Artikels ist deshalb explizit nicht, eine weitere Definition des Populismus vorzulegen. Stattdessen wird dem eingangs zitierten Anspruch Gramscis an die Begriffsarbeit gefolgt und versucht, den Quellen der unterschiedlichen Definitionen nachzuspüren. Die Verwendungsweisen zu verschiedenen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten werden auf ihren politischen und analytischen Gehalt hin untersucht. Drei wichtige historische Linien lassen sich ausmachen: Die russischen *Narodniki* und die US-amerikanische *People's Party* im späten 19. Jahrhundert werden als die ersten populistischen Bewegungen herangezogen. Gemeinsam mit den populistischen Regierungen Mitte des 20. Jahrhunderts von Lázaro Cárdenas (Mexiko), Getúlio Vargas (Brasilien) und Juan Domingo Perón (Argentinien) in Lateinamerika bilden sie zumeist auch die Grundlagen für eine Theorie des Populismusbegriffs. Während die Analyse ersterer vor allem Eingang in die liberale Perspektive gefunden hat, existiert in Lateinamerika eine lange Tradition marxistischer Debatte um den Populismus bzw. präziser das National-Populare, die hierzulande jedoch kaum rezipiert wird.

## 1. Historische Linien des Populismus – Nur ein Übersetzungszufall? Narodniki und People's Party

In der Darstellung der russischen und US-amerikanischen Bewegungen stößt man bereits zu Beginn auf ein Problem: Schon 1971 stellte Allcock (1971: 372) in seiner „Biographie“ des Populismus fest, dass der Begriff zunächst von HistorikerInnen verwendet wurde, die vollkommen unbedacht das russische *Narodnichestvo* als Populismus übersetzten, ohne jedoch einen gemeinsamen inhaltlichen Kern zwischen der US-Bewegung und den russischen *Narodniki* behaupten zu wollen. Franco Venturi, der die ausführlichste Studie zu jenen Jahren vorgelegt hat, hebt hervor, dass der Begriff *Narodnichestvo* selber erst in den 1870er Jahren auftaucht, stattdessen wurde die Bewegung der russischen PopulistInnen zuvor wahlweise als „sozialistisch, kommunistisch, radikal, [oder] nihilistisch“<sup>2</sup> (Venturi 1960: xxxiii) beschrieben. Und ebenso kommt auch Magarate Canovan zu dem Schluss, „dass der russische und amerikanische Populismus sich stark voneinander unterschieden.“ (Canovan 1981: 96). Verdanken wir eine mittlerweile seit Jahrzehnten fortwährende Debatte einem Übersetzungszufall?

Als russischen Populismus bezeichnet wird klassischerweise die „going to the people“-Bewegung im Sommer 1874. Canovan skizziert sie als Populismus von jungen russischen Intellektuellen, die der westlichen Moderne und Individualisierung die Ideale der russischen bäuerlichen Kommune entgegenstellen wollten (Canovan 1981: 64ff.). Im Sommer 1874 trieb es sie massenhaft hinaus aufs Land, um dort ihre revolutionären Ideen eines agrarischen Sozialismus unter den „einfachen Leuten“ zu verbreiten. Sie sahen in der bäuerlichen Kommune den Ausgangspunkt für eine neue Gesellschaftsordnung (Canovan 1981: 72ff.; 95f.). Zahlreiche *Narodniki* wurden verhaftet, die Bewegung selber scheiterte, bildet aber einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte des russischen Radikalismus: Teile der Bewegung wurden später Mitbegründer der Kommunistischen Partei, andere, enttäuscht von den Bauern, sahen die Notwendigkeit einer avantgardistischen Strategie, die 1881 in das erfolgreiche Attentat auf Zar Alexander II. mündete (Field 1987: 415). Waren die Verhaftungen zweifellos ein Kulminationspunkt der Bewegung, so ist sie zugleich einzubetten in eine längere Periode der Aufstände und Bewegungen von 1848-1881 (Venturi 1960: 470).

Der Begriff *Narodnichestvo* wurde bis in die 1870er Jahr sehr allgemein verwendet. Die „going to the people“-Bewegung bezeichnete sich zunächst nicht so, sondern als sozialistische oder sozial-revolutionäre. Bis der Begriff einige Jahre später gebräuchlich wurde, lassen sich klare ideologische Trennlinien nur schwer aufrechterhalten: „Zwischen 1848 und 1881 war der russische Sozialismus populis-

---

2 Englisch- und spanischsprachige Zitate wurden vom Autor ins Deutsche übersetzt.

tisch. Später sollte er sozialistisch-revolutionär, sozial-demokratisch, Menschewiki, Bolschewiki, anarchistisch werden.“ (Venturi 1960: xxxii) Die Bandbreite an ideologischen Zuschreibungen ist insofern bedeutend, als mit dem Verweis auf die *Narodniki* der Populismus bis heute oft als „dünne Ideologie“ (Stanley 2008) mit eben jenen anderen ideologischen Strömungen kontrastiert wird. Dies scheint insofern eine historisch fragwürdige Rückprojektion, als dieses diffuse Amalgam an ideologischen Versatzstücken eher ein Kennzeichen der damaligen Verhältnisse als ein Alleinstellungsmerkmal des russischen Populismus gewesen zu sein scheint. Ab den 1890er Jahre erlangt der Begriff dann jene politische Bedeutung, die er viele Jahre innerhalb der marxistischen Diskussion beibehalten wird. Der Begriff wird für die Sozialdemokratie zu einem „erstklassigen Polemisierungsinstrument, welches eingesetzt wurde, um die Sozialdemokratie als neue und triumphale Bewegung zu etablieren, die alle anderen sozialistischen Bewegungen in Russland ersetzt.“ (Pipes 1964: 456) Auch Lenin selber machte sich diese abwertende Verwendungsweise wenig später zu eigen und beschrieb die Ideologie der *Narodniki* als Ideologie des Kleinbürgertums (Lenin 1894). Es gab aber auch inhaltliche Auseinandersetzung: Bereits 1881 kam es zu dem mittlerweile berühmten Briefwechsel zwischen Karl Marx und Vera Zasulič. Dieser entspinnt sich entlang der Frage, inwieweit die bäuerliche Kommune in Russland der Ausgangspunkt für eine sozialistische Gesellschaftsordnung sein könne oder der Entwicklung des Westens folgen müsse. Dass diese Frage die *Narodniki* umtrieb, zeigt sich auch an dem Umstand, dass sie das Vorwort für die zweite russische Ausgabe des Kommunistischen Manifests von 1882 umgehend in der Zeitschrift *Narodnaya Volya* veröffentlichten. In diesem widersprachen Marx und Engels der Annahme eines linearen Entwicklungspfades für alle Länder (Anderson 2010: 229ff.).

Was brachte den Revolutionären jener Jahre also die Zuschreibung des Populismus ein? Von Beginn an wurde mit dem Begriff eine politische Agenda verfolgt und war oft eine Fremdzuschreibung. Er stand aber auch für inhaltliche Differenzen. Tatsächlich zweifelte man an der damals vorherrschenden deterministischen Vorstellung, Russland müsste zunächst durch die Entwicklungsphase des Kapitalismus gehen. Vielmehr äußerte man die Vermutung, dass Russland vom Westen lernen, jene Entwicklungsstufe aussparen und stattdessen ausgehend von der existierenden Organisationsform der bäuerlichen Kommune direkt zu einem Agrarsozialismus voranschreiten könne (Canovan 1981: 70).

Ein zweiter historischer Bezugspunkt der Populismusdebatte ist die Farmerbewegung in den USA. Sie kann als die größte demokratische Massenbewegung in der US-amerikanischen Geschichte beschrieben werden (Goodwyn 1976: ix). Sie fand ungefähr zeitgleich zur Bewegung in Russland statt. 1891 gegründet, hat die *People's Party* ihre Vorläufer in der *Farmer's Alliance*, welche sich Ende der 1870er formierte, zunächst im Süden des Landes, dann aber auch in anderen

Regionen. Die kapitalistische Durchdringung der ländlichen Regionen sorgte für Unmut bei den lokalen Farmern. Die Farmer sahen sich zunehmend dem Gutdünken und der Preisgestaltung durch die Eisenbahnunternehmen, lokalen Händler und Banken ausgesetzt. Der Versuch, über Zusammenschlüsse alternative Versorgungs- und Verteilungswege zu organisieren, scheiterte jedoch an fehlenden ökonomischen Mitteln und der Gegenseite, die diese Versuche aktiv hintertrieb. Nachdem sie im Kongress kein Gehör gefunden hatten, gründeten die Farmer 1891 die *People's Party* (Canovan 1981: 17ff.) und bereits 1892 trat sie mit einem eigenen Kandidaten zur Präsidentschaftswahl an und rief zur Einheit zwischen schwarzen und weißen Farmern auf (Zinn 1980: 283ff.). Das löste Besorgnis bei den Demokraten aus, die angesichts einer dritten Partei ihre Stellung gefährdet sah. Deshalb optierten sie 1896 mit William Jennings Bryan für einen Kandidaten, der rhetorisch „populistisch“ auftrat und der *People's Party* nahestand (Canovan 1981: 44ff.).

Selbst diese historische Skizze macht deutlich, dass sich der amerikanische Populismus grundlegend von den *Narodniki* in Russland unterschied. Die *People's Party* sah sich zwar ebenfalls als Vertretung des Volks, wurde aber von den Farmern selber angestoßen, war das Ergebnis einer Organisierung von unten. Auch waren Handlungshorizont und -ebene radikal andere. So adressierte man die Ebene der institutionalisierten Politik und akzeptierte diese als Handlungsrahmen. Die Kritik an der Regierung war zentral und setzte ihr die Idee eines *people's government* entgegen (Canovan 1981: 51ff.). Die *Party* trat radikal für Verstaatlichungen und eine Zentralregierung ein, was manche HistorikerInnen dazu gebracht hat, ihre Anhängerschaft als SozialistInnen zu bezeichnen (Pollack zit. n. Zinn 1980: 287). Dieser Vergleich hinkt stark, weil das Recht auf Privateigentum nie in Zweifel gezogen wurde (Canovan 1981: 57). Der Begriff des Populismus war bei der Bewegung in den USA zudem wie in keinem anderen Fall von Beginn an eine Selbstzuschreibung.

### Populismus in Lateinamerika und das National-Populare

Die dritte historische Linie bilden die populistischen Regierungen von Lázaro Cárdenas (Mexiko), Getúlio Vargas (Brasilien) und Juan Domingo Perón (Argentinien) während der 1930er bis 1950er Jahre in Lateinamerika. Unter ihnen verbesserte sich die Lage der zuvor marginalisierten Bevölkerungsteile, angetrieben durch sozialpolitische Maßnahmen, oft erheblich, und die Regierungen konnten häufig eine breite Massenbewegung als UnterstützerInnenbasis mobilisieren.

Die Zuschreibung des Populismus findet sich jedoch bereits früher. Auch hier wurde der Vorwurf des Populismus von MarxistInnen an diejenigen gerichtet, die gegen die damalige marxistische Orthodoxie verstießen. Zentrale Figur in

dieser ersten Auseinandersetzung war der peruanische Kommunist José Carlos Mariátegui. V. M. Miroshesky, der Berater des Lateinamerika Büros der Kommunistischen Internationalen (Komintern), bezichtigte in einem Artikel von 1941 Mariáteguis Ideen des „nationalistischen Romantizismus, der Idealisierung der sozialen Ordnung der Inka, der ‘populistischen’ Fetischisierung der bäuerlichen Gemeinschaft.“ (Miroshesky 1941: 67).<sup>3</sup> Mariátegui hatte die damals propagierte Stufenabfolge der Revolution unter der Hegemonie einer revolutionären ArbeiterInnenklasse kritisiert und hegte Zweifel an der Strategie einer antiimperialistischen Allianz mit der nationalen Bourgeoisie. Der Intellektuelle war in seiner Analyse der peruanischen Verhältnisse zu dem Schluss gekommen, dass der Widerspruch zwischen den bäuerlich indigenen Gemeinschaften und den GroßgrundbesitzerInnen die zentrale Triebkraft der peruanischen Geschichte sei und der hier vorzufindende Widerstand, die gemeinschaftlichen Organisationsformen und die Landfrage der Ausgangspunkt eines eigenen peruanischen Wegs zum Sozialismus sein müssten (ebd.: 58ff.). Das brachte ihm den Vorwurf des Populisten und „utopistisch kleinbürgerlichen Sozialisten“ (ebd.: 69) ein – eine Bezeichnung, die sich an die Anschuldigung Lenins anlehnte. So entlarvend diese Denunziationen rückblickend auch seien mögen, beinhalten sie paradoxerweise einen wahren Kern: Mariátegui waren die Ideen von Personen wie Vera Zasulich nicht vertraut, seinen Überlegungen lagen allerdings vergleichbar Fragestellungen zugrunde (Flores Galindo 1980: 52), aus denen er entsprechende Schlussfolgerungen zog. Die Fremdzuschreibung, populistisch zu sein, beinhaltet somit auch einen ähnlichen Vorwurf wie jener, dem sich die *Narodniki* ausgesetzt sahen. Mariátegui trat für einen peruanischen Entwicklungspfad hin zum Sozialismus ein, dessen Keimformen er nicht in der ArbeiterInnenklasse, sondern in der indigen-bäuerlichen Kommune – dem *ayllu* – sah. Mariátegui gilt heutzutage als einer der originellsten marxistischen DenkerInnen Lateinamerikas, was ihm den Titel „Gramsci Lateinamerikas“ einbrachte.

### Gramsci als Schlüssel zur nationalen Realität

Bevor sich jedoch die MarxistInnen dem Populismus erneut zuwandten, wurden im Kontext der Modernisierungstheorien nach dem Zweiten Weltkrieg die ersten systematischen Studien zu populistischen Regierungen verfasst. An Talcott Parsons orientiert, erklärten Gino Germani (1965; 1978) oder Torcuato di Tella (1965) den Zusammenhang zwischen Modernisierung und Populismus aus strukturfunktionalistischer Perspektive, aus der die genannten populistischen Regierungen Ausdruck

---

3 Zum revolutionären Romantizismus Mariáteguis und dem falschen Vorwurf der Romanisierung des Inka-Imperiums vgl. Löwy/Duggan 1998.

der ökonomischen Umwälzungsprozesse seit Beginn des 20. Jahrhunderts waren. Die aufkommenden Forderungen nach politischer Partizipation der neuen ArbeiterInnenklasse würden institutionell nicht aufgefangen, sodass der populistische Führer die mobilisierten Massen nicht institutionell, sondern über eine emotionale Bindung integrierte. Populismus erscheint hier als eine unterentwickelte Form der politischen Partizipation und sei darin dem Faschismus ähnlich.

Diese Einschätzung dominierte auch lange die marxistische Debatte in Lateinamerika. Die Unruhen seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurden von der Linken nicht genutzt, sondern mündeten zwischen 1934 und 1955 in populistische Regierungen. Diese wurden als bonapartistische Regime oder gar als faschistisch abgetan und als Ausdruck eines falschen Bewusstseins der proletarischen Massen gedeutet – eine Analyse, die hauptsächlich auf die kommunistischen Parteien zurückzuführen war. Erst Mitte der 1960er Jahre setzte eine Revision dieser Einschätzung ein. Den Schlüssel lieferte Gramsci, zentral war hierbei die Gruppe um die Zeitschrift *Pasado y Presente* (1963–1965; 1973). Die heute als „argentinische Gramscianer“ (Burgos 2004) bekannten jungen Marxisten hatten sich in den Jahren zuvor immer weiter von der stalinistischen Orthodoxie der KP Argentiniens entfernt. Die Veröffentlichung der ersten Ausgabe 1963 besiegelte schließlich ihren Ausschluss. Befreit von den schablonenhaften Interpretationen war „die Begegnung mit Gramsci beinahe eine Notwendigkeit, eine obligatorische Transition, um ausgehend von dieser Tradition, wenngleich sie hinterfragend, eine nationale Realität neu denken zu können, die der Fall des Peronismus in einem neuen, geheimnisvollen und vielversprechenden Antlitz erscheinen ließ.“ (Aricó 1988: 54). Das passende Werkzeug, um diese nationale Realität zu erschließen, fand die Gruppe im Begriff des National-Popularen (ebd.: 74ff.). Gramsci verwendet den Begriff im Zusammenhang seiner Frage nach „den Bedingungen für einen Prozess der sozialen Transformation im Kontext eines rückständigen Kapitalismus, unter denen die nationale Vereinigung verspätet und unvollständig geschah und die Konstitution des liberalen Rechtsstaates Produkt einer Revolution von oben gewesen ist, d.h. sich nicht durch einen revolutionären oder reformistischen Willen von unten vollzogen hat, sondern durch einen Prozess des Transformismus.“ (Portantiero 1991) Die Herausforderung für ein emanzipatorisches Projekt sei es, moderne, wissenschaftliche Erkenntnisse und die fortschrittlichen Teile des Alltagsverständes (*buon senso*) zu einem national-popularen Kollektivwillen zu artikulieren – darin bestünden die Rolle der Intellektuellen und der Prozess der Hegemoniegewinnung (ebd.).<sup>4</sup>

---

4 Juan Carlos Portantiero, eine der zentralen Figuren jener Gruppe, sieht im Begriff des National-Popularen deshalb einen Kreuzungspunkt der gramscianischen Kategorien (Portantiero 1991). Mit diesem Argument vor Augen offenbart sich auch das

Ausgehend von Gramscis Analyse für Italien argumentierten die lateinamerikanischen Gramscianer, dass das National-Populare nicht durch den Sozialismus, sondern durch populistische Regierungen artikuliert worden sei. Diese hätten zwar eine Politik der Massen verfolgt, allerdings sei diese von oben implementiert gewesen, basierend auf einem organizistischen Diskurs, der Zentralität des Staates und alten lokalen politischen Traditionen wie derjenigen eines paternalistischen Caudillos. Ihre zentrale Kritik bezog sich auf die Zentralität des Staates, der alle zivilgesellschaftlichen Kräfte absorbiert, der als einziger gesellschaftlicher Kohäsionsfaktor fungiere. In dieser Transformation von oben sahen sie auch das autoritäre Element des Populismus. Diese erstaunlich „ungramscianische“ Lesart des Staates, der die Zivilgesellschaft in affirmierender Weise interpretiert, erklärt auch, warum jene Intellektuellen nach der Rückkehr zur Demokratie die Notwendigkeit einer intellektuellen und moralischen Reform sowie den Aufbau liberaldemokratischer Institutionen als essentiellste Aufgaben ansahen. Einige von ihnen wurden RegierungsberaterInnen (Burgos 2004: 303ff.). Nach den Militärdiktaturen und dem Scheitern der Guerilla-Bewegungen seien die liberale Demokratie sowie der Rechtsstaat und seine Institutionen ein Wert an sich, den es aus sozialistischer Perspektive zu verteidigen gelte (de Ípola 2009).<sup>5</sup>

In eben jenen politischen Schlussfolgerungen unterscheidet sich diese gramscianische Denklinie von jener, die mit dem Namen Ernesto Laclau verknüpft ist: Während erstere den Errungenschaften der liberalen Demokratie eine neue Wertschätzung zumaßen, affirmierte Laclau den Populismus zunehmend als Gegenkonzept zur liberalen Politik. Hierzulande wird seine Theorie nicht selten als lateinamerikanische Perspektive beschrieben, was u.a. auf seine Herkunft und seinen Enthusiasmus für die linken Regierungen in Lateinamerika während der letzten zwei Jahrzehnte zurückzuführen ist (Brand 2016). Zwar äußert Benjamin Arditi (2010) die Vermutung, Laclau habe immer den lateinamerikanischen Populismus vor Augen gehabt, allerdings sind die zentralen Referenzen in seinem *On Populist Reason* (OPR) der französische Poststrukturalismus und die Lacanische Psychoanalyse. Während er sich in seiner frühen Arbeit noch ausgiebig an Germani und di Tella abarbeitet (Laclau 1977: 146ff.), wird Germani in OPR nur noch ein Mal erwähnt und das lediglich als exemplarische Referenz für die Unzu-

---

Forschungsprogramm jener Gramscianer, und weshalb der Begriff des National-Popularen zu diesem Zeitpunkt ihr zentraler Ausgangspunkt war (für unterschiedliche „Momente“ der Gramscirezeption vgl. Burgos 2015).

5 Ausgehend von einer Kritik an der Strategie des bewaffneten Kampfes unterzogen eben jene Exil-Intellektuellen die bis dahin vorherrschende Sichtweise auf das Verhältnis zwischen Sozialismus und Demokratie einer grundlegenden Revision. Zentraler Ort der Auseinandersetzung war die Zeitschrift *Controversia* (1979–1981). Eine systematische Aufarbeitung der Debatten hat erst vor kurzem eingesetzt. Für eine erste Übersicht vgl. Gago 2012.

länglichkeiten bisheriger Definitionsversuche (Laclau 2005: 4). Auch biografisch zeigt sich die Aufspaltung der Rezeptionslinien. Ein Großteil der Intellektuellen kehrte in den 1980ern aus dem Exil zurück und diskutierte in Zirkeln wie dem *Club de Cultura Socialista* die Ereignisse der letzten Jahrzehnte. Laclau ließ sich bereits in den 1960er in England nieder – und blieb dort. Trotz freundschaftlicher Verbindungen entfernten sich seine theoretischen und politischen Prämissen zunehmend von jenen der RückkehrerInnen (de Ípola 2009: 197f.). Eine der ersten und kohärenten Kritiken an Laclaus (1977) frühem Populismus-Konzept stammt noch aus deren Feder. Portantiero und de Ípola (1982) bestritten, dass es – anders als Laclau behauptet – Kontinuitätslinien zwischen Populismus und Sozialismus geben könne, weil der Peronismus das National-Populare und dessen Pluralität dem Staat unterwirft und deshalb nie über einen progressiven Transformismus im Sinne Gramscis hinausgehen könne.<sup>6</sup>

## 2. Autoritärer Populismus?

Lässt sich vor dem Hintergrund der beschriebenen historischen Linien von einem autoritären Kern des Populismus sprechen? Ansätze, die dies bejahen, sehen diesen bei den russischen *Narodniki*, in deren Überhöhung des einfachen Volkes, die mit einem populistischen *heartland* einhergehe, welches eine verloren gegangene Idealwelt in der Vergangenheit imaginiert (Taggart 2000). Auch die später verübten Anschläge werden als Anzeichen für deren autoritären Kern gewertet. Einer rückwärtsgewandten Utopie wird auch die US-Farmerbewegung beschuldigt. Ebenso hätte sie zu Verschwörungstheorien und Antisemitismus tendiert (Hofstadter 1955: 41; 45ff.). Obwohl diese Vorwürfe angesichts späterer Forschung nur schwer aufrechtzuerhalten (vgl. Goodwyn 1976; Pollack 1960) und vor allem auf das politische Klima der McCarthy Ära zurückzuführen sind, werden sie bis heute als Kennzeichen des Populismus diskutiert.<sup>7</sup> Dennoch ist *populist* in den USA bis heute positiv besetzt. Hier ist populistisch kein autoritäres Attribut, sondern steht für „Interessensvertretung des Volkes“, „demokratisierend“ und „Aufbegehren von unten“.<sup>8</sup>

---

6 In der lateinamerikanischen Debatte spielt der Beitrag bis heute eine wichtige Rolle. Obwohl ins Deutsche übersetzt, ist er hierzulande leider in Vergessenheit geraten. Dieser und weitere Beiträge des Kolloquiums finden sich in Haug 1982.

7 Für Überblick und Verortung unterschiedlicher Studien vgl. Canovan 1981: 46ff.; Goodwyn 1976: 333ff.

8 Diese Bedeutung wurde zuletzt in einer Rede Barack Obamas von 2016 deutlich, in der er sich selber als Populisten bezeichnet, während er Donald Trump diese Bezeichnung abspricht. Er sei nicht bereit, diesen Begriff Donald Trump zu überlassen. Seine Einlassungen

Im Falle der gramscianischen Debatte in Lateinamerika werden die Zentralität des Staates und der top-down Charakter als autoritärer Kern angesehen. Gleichwohl erkannten die lateinamerikanischen Gramscianer an, dass die zuvor ausgeschlossenen Massen unter den populistischen Regierungen Mitte des 20. Jahrhunderts erstmalig eine politische und soziale Integration erfahren hatten.

In Europa schien der autoritäre Charakter des Populismus lange selbstredend, war der Begriff doch historisch rechts konnotiert. Auch deshalb hat die europäische Wissenschaft zu diesem Thema ihre Wurzeln in der Parteien- und Rechtsextremismusforschung, die Mudde (2016) in drei Wellen periodisiert. (1) Eine Phase historischer Kontinuitätsstudien (1945–1980). (2) Eine Periode, in der vor allem die sogenannte Nachfrageseite unter einem modernisierungstheoretischen Axiom im Kontext der Globalisierungsprozesse und der Transformationen in Osteuropa analysiert wurde (1980–2000). (3) Eine Phase, die sich stärker mit der „Angebotsseite“, d.h. internen Parteidynamiken und den Effekten von rechtspopulistischen Parteien auseinandersetzt (seit 2000). Während die ersten beiden Phasen vorwiegend von qualitativen Arbeiten geprägt waren, dominieren mittlerweile quantitative Studien der Parteienforschung. Vor diesem Hintergrund ist auch ersichtlich, warum in diesen Studien der Begriff Populismus häufig fast synonym mit Extremismus verwendet wird (Mudde 2007).

Herrschte lange das Paradigma vor, dass der Populismus ideologielos sei, hat sich im letzten Jahrzehnt ein „ideational approach“ herausgebildet (etwa Mudde/Kaltwasser 2017; 2012). VertreterInnen des mittlerweile weit verbreiteten Ansatzes versuchen, spezifische inhaltliche Vorstellungen und Ideen als Kern des Populismus herauszuschälen. Sie teilen ein Verständnis des Populismus, wonach dieser, definiert als „eine dünne (thin-centered) Ideologie, die Gesellschaft schlussendlich betrachtet als getrennt in zwei homogene und antagonistische Lager, ‘das reine Volk’ gegen ‘die korrupte Elite’, und der argumentiert, dass Politik der Ausdruck der *volonté générale* des Volkes sein sollte.“ (Mudde/Kaltwasser 2017: 6). Mit *thin-centered* meinen sie, dass es, etwa entgegen der laclauschen Auffassung, sehr wohl einen ideologischen Kern des Populismus gibt – strukturiert um die Kernkonzepte *people*, *elite*, *general will* (ebd.: 9ff.) –, dieser aber immer mit anderen ideologischen Fragmenten verknüpft ist. Die Dichotomie zwischen Volk und Elite hat schon Canovan (1999; 1981) als zentralen Angelpunkt des Populismus ausgemacht. Sie ist sicherlich ein zentrales Merkmal, gleichwohl stellt sich die Frage, ob nicht diejenigen Elemente, mit denen sie gemeinsam in Erschei-

---

sind auch insofern interessant, als der Ex-Präsident explizit das Outsider-Dasein, das Polemisieren oder das Einteilen in ein „Wir“ und ein „Sie“ – also das hierzulande klassischerweise mit dem Populismus assoziierte Ensemble – als Charakterisierungsmerkmale ablehnt (vgl. <https://youtube.com/watch?v=QSOWEC1qZRE>, 15.12.2017).

nung tritt, viel ausschlaggebender für die konkrete Ausformung des Populismus sind, und somit auch, ob er rechts oder links, autoritär oder demokratisierend ist.

Genau das bestreiten liberale Ansätze, die in dieser Dichotomie den stets vorhandenen autoritären Kern des Populismus ausmachen. Die Essenz des Populismus sei Antipluralismus und deshalb seien Populismus und Demokratie unvereinbar. Wie unschwer zu erkennen ist, liegen den jeweiligen Positionen unterschiedliche Demokratiebegriffe zugrunde. „Die Ideologie des Populismus ersetzt Gleichheit durch Einheit und lehnt folglich sozialen und politischen Pluralismus ab“ schrieb Nadia Urbinati (1998: 110) bereits vor zwanzig Jahren – eine These, die Müller (2016) jüngst sprachgewandt, aber mit wenig neuen Erkenntnissen wieder aufgelegt hat.

Die politische Borniertheit und Inkohärenzen dieser Position hat D’Eramo (2017) trefflich herausgearbeitet. Liberalismus und liberal-demokratische Institutionen waren etwa im Falle Lateinamerikas in den seltensten Fällen institutionelle Kanäle für die breite Bevölkerung, sondern dienten häufig dem direkten Durchgriff der Herrschenden auf den Staat. Zudem erscheint es paradox, etwa der Regierung Evo Morales in Bolivien vor diesem Hintergrund und dem Jahrhunderte fortdauernden Ausschluss breiter Bevölkerungsteile „Antipluralismus“ vorzuwerfen. So trägt die unter der Regierung 2009 verabschiedete Verfassung den Pluralismus nicht nur buchstäblich im Namen (*Constitución del Estado Plurinacional de Bolivia*) (D’Eramo 2017: 132), sondern erkennt erstmalig in der fast 200jährigen Geschichte des Staates die existierende Heterogenität von Nationen und Gesellschaftsordnungen rechtlich und symbolisch an.

Differenziertere Versuche sind deshalb darum bemüht, das ambivalente Verhältnis zwischen Populismus und liberalen Demokratievorstellungen herauszuarbeiten. Für Panizza (2005) ist der Begriff Populismus ein Spiegel der Demokratie, Benjamin Arditi (2005: 77) wiederum schlägt vor, den Populismus als die „innere Peripherie liberal-demokratischer Politik“ zu analysiert. Auch kritisieren sie die häufig karikaturesken Vorstellungen einer homogenen Masse (etwa de la Torre 2007).

Tatsächlich ist nicht zu bestreiten, dass unterschiedliche Populismen an der Macht autoritäre Tendenzen aufgewiesen haben. Es lassen sich aber ebenso viele Gegenbeispiele lassen. Zudem liegt der liberalen Perspektive nicht selten (implizit) eine stark eingeschränkte Vorstellung davon zugrunde, was als legitime Politik(formen) angesehen wird und wer TrägerIn dieser Politik ist. Historisch war stets ein männliches, vernunftbegabtes, europäisches und weißes Individuum gemeint – und diese Vorstellung dominiert mit Abstrichen bis heute.

## Demokratischer Populismus (von links)?

Gegen die skizzierte liberale Populismusauffassung wendet sich Ernesto Laclau, dessen Theorie zentraler Bezugspunkt für aktuelle linke Debatten zum Thema ist. Laclau verneint, dass der Populismus per se autoritär sei. Ganz im Gegenteil: er könne eine repolitisierende und demokratisierende Kraft sein. In seiner 2005 veröffentlichten Schrift *On Populist Reason* (OPR) vertritt er die These, dass der Populismus weder eine Ideologie noch eine Bewegung oder Regierungsform sei, sondern eine antagonistische Konstruktionsform des Politischen (Laclau 2005: xi). Populismus sei eine spezifische politische Logik, aber inhaltlich unbestimmt (ebd.: 34). Unerfüllte Forderungen werden in Äquivalenzketten miteinander verbunden, die sich über einen Antagonismus zu einem Gegenüber konstituieren. Diese Ketten erfahren eine positive Repräsentation, indem ein Kettenglied eine übergeordnete Funktion übernimmt und zum „leeren Signifikanten“ (Laclau 2005: 95) wird, in den sich die Heterogenität der Forderungen einschreibt. Als leer wird der Signifikant bezeichnet, weil er zunehmend die eigene inhaltliche Bestimmung verliert, da sich alle anderen Forderungen in ihn einschreiben.

Die theoretische Intervention Laclaus lässt sich als hegemonialer Kampf um den Begriff des Volkes verstehen und insofern als eine Entgegnung auf den von D'Eramo (2013) analysierten Siegeszug des Liberalismus. Dass Laclaus Theorie derzeit sehr beliebt ist, hat sicherlich auch damit zu tun, dass sie sich aufgrund ihrer inhaltlichen Unbestimmtheit auf nahezu alle und alles anwenden lässt und ihr das Versprechen eines „theoretischen Universalschlüssels“ (Opratko 2012) innewohnt.<sup>9</sup> Zudem sehen sich liberale Positionen in ihrer Einschätzung, dass Populismus und Demokratie inkompatibel sind, bestätigt, nachdem die inhaltliche Unbestimmtheit, der leere Signifikant in Form von Führungsfiguren und die Zentralität des Antagonismus von Laclau als Kernelemente des Populismus konzeptualisiert werden. Gleichwohl treibt der Begriff hier wieder ein doppeltes Spiel: Die inhaltliche Unbestimmtheit erscheint auf den ersten Blick als Gemeinsamkeit zwischen der liberalen Perspektive und derjenigen von Laclau. Hinsichtlich der Frage des autoritären Wesensmerkmals und folglich auch der politischen Einschätzung erscheint der Populismus aber unter exakt umgekehrten Vorzeichen. Vertritt die liberale Seite die Position, dass der Populismus eine Gefahr für die Demokratie sei, ist dieser für Laclau eine demokratisierende Kraft, die zuvor ausgeschlossen artikuliert und verfestigte Strukturen repolitisiert. Auch wenn der

---

9 Opratkos Beschreibung bezieht sich auf Laclaus Hegemonietheorie. Ich würde jedoch argumentieren, dass diese sich auch auf seinen Populismusbegriff übertragen lässt, nachdem sie Teil der gleichen theoretischen Unternehmung sind. Zudem hat Laclau zu seinen Lebzeiten eine Differenzierung zwischen den beiden Begriffen nicht plausibel machen können.

Populismus von rechts eine autoritäre Form annehmen kann, kann dieser sich ebenso gegen den autoritären Istzustand wenden, der als naturgegeben, alternativlos oder technokratisch-administrative Objektivität erscheint. Dies ist der Hintergrund, vor dem derzeit als Antwort zu aktuellen autoritären Tendenzen ein linker Populismus vorgeschlagen wird (etwa Mouffe 2015). Der Populismus wird hier nicht als grundsätzlich autoritär angesehen, sondern als Ausdruck fehlender institutioneller Responsivität und autoritärer Ausschlüsse gedeutet.

### 3. Conclusio

Gramsci reflektiert die eingangs zitierte Textpassage: „Zu berücksichtigen ist jedoch, dass keine neue geschichtliche Situation, auch wenn sie auf die radikalsten Veränderungen zurückzuführen ist, die Sprache vollständig verändert, zumindest in ihrem äußerlichen, formalen Aspekt. Aber der Inhalt der Sprache müsste sich geändert haben, auch wenn es schwierig ist, unmittelbar ein genaues Bewusstsein von dieser Veränderung zu haben.“ (GH11 §16: 1404) Wie im Lauf der Darstellung deutlich gemacht werden sollte, ist dies beim Begriff des Populismus mehr als einmal der Fall. Analytisch wurde der Begriff allein in den drei hier ausgeführten Beispielen verwendet, um Bewegungen zu beschreiben, deren Transformationshorizont ein Agrarsozialismus war; Parteiprojekte und Bewegungen von unten, die auf die Ebene institutioneller Politiken abzielten; oder aber eine Regierung, die von oben soziale Transformationsprojekte und die Integration der Massen einleitete. Die politische Dimension war von Beginn an mit dem Begriff verwoben und wurde von unterschiedlichsten politischen Lagern, sowohl als Fremd- als auch Selbstzuschreibung verwendet. Aus diesem Konglomerat an analytischen und politischen Perspektiven erscheint der Versuch, einen gemeinsamen inhaltlichen Kern des Populismus herauszuarbeiten, zum Scheitern verurteilt. Innerhalb ihrer je eigenen Problemstellung lässt sich jedoch konstatieren: Berücksichtigt man die Aufwertung und Zentralität des Staates während der progressiven Regierungen, die starken Transformationsdynamiken von oben sowie die Wiederentdeckung des Nationalen und der nationalen Souveränität, erscheint es sinnvoll, im Falle Lateinamerikas und der linken Regierungen während der letzten zwei Jahrzehnte davon zu sprechen, dass das National-Populare aktualisiert wurde (Aibar/Rabotnikof 2012: 55f.). Die Debatte rund um Stuart Halls Charakterisierung des Thatcherismus als „autoritärer Populismus“ in den 1980er Jahren hat aber gezeigt, dass die Übertragung dieser Linien auf den europäischen Kontext nicht ohne weiteres möglich ist (vgl. Hall 1982; vgl. Jessop u.a. 1984).

Hinsichtlich der jüngsten Forschung im Bereich des Rechtspopulismus in Europa ist hingegen Skepsis geboten. Wie selbst Mudde argumentiert, stag-

nieren die theoretischen Innovationen seit den 1990ern, was einerseits an den wenig einfallsreichen *large-n* Studien, andererseits aber auch an dem weiterhin vorherrschenden „paradigm of the outsider-challenger party“ (Mudde 2016: 2) liege, welches heutzutage schwerlich aufrecht zu erhalten scheint. Des Weiteren lässt sich folgender Effekt beobachten: Die Analyse von politischen Kräften als populistisch im Sinne einer „dünnen Ideologie“ entlastet häufig von der Aufgabe, ihre Politiken inhaltlich zu bestimmen, was auch politisch zu einem Problem wird. Ein Beispiel ist die neue österreichische Regierungskoalition. Die Regierung beinhaltet mit der FPÖ eine Partei, die in politischen Positionen und Personal offen rechtsextrem ist. Die Bezeichnung als rechtspopulistisch fungiert hier als analytischer und medialer „Weichspüler“. Weder die Outsider-These trifft in diesem Falle zu, noch handelt es sich bei der FPÖ um einen politischen Newcomer. Bezeichnenderweise titelte der Guardian<sup>10</sup> kurz vor der Wahl „Neo-Nazis expect to be kingmakers as Austrian politics takes turn to the right“, um wenig später die Bezeichnung in „Austrian populist“ umzuschwenken. Die Bezeichnung populistisch läuft hier Gefahr, die inhaltlichen Positionen dieser Akteure zu verwischen und ihren diskursiven Strategien aufzusitzen, in denen das Bild eines unideologischen Wahrheitsverkünders zelebriert wird, der mit dem Meinungsdiktat der linken Ideologie aufräumen würde. Will man hingegen ihre rhetorische Strategie genauer analysieren, ist die Klassifizierung als „populistisch“ sehr oberflächlich. Einerseits steht hier die inhaltliche Bestimmung des Volkes und jener eingezogenen Dichotomie aus; andererseits wird deren konkrete Funktionsweise kaum analysiert.

Bei Laclaus Ansatz lässt sich Ähnliches beobachten: Zwar können er und seine AnhängerInnen die Kohärenz ihres Vorschlags aufrecht erhalten, indem sie sich auf die Ebene der Ontologie zurückziehen. Das führt aber zwangsläufig dazu, dass sich wenig bis gar nichts über die konkrete inhaltliche Ausgestaltung des jeweiligen Populismus sagen lässt. Autoritär oder nicht lässt sich auf dieser Ebene nicht entscheiden. Will man eine genauere politische Verortung vornehmen, wird man doch auf althergebrachte Konzepte wie Ökonomie, Klasse oder Staat rekurrieren müssen, um zu analysieren, wie sich der jeweilige Populismus zu diesen verhält (Boos/Schneider 2016). Entzieht man sich dieser empirischen Aufgabe, läuft man Gefahr, einer liberalen Position das Wort zu reden, die ausnahmslos einen autoritären Kern im Populismus zu erkennen meint. Diesen kann sie allerdings nur unter Abstraktion von historischen, geografischen und inhaltlichen Unterschieden behaupten. So wird dabei etwa der fundamentale Unterschied zwischen einem autoritären Populismus, der die Präexistenz eines

---

10 Ausgabe vom 11.10.2017

homogenen Volkes annimmt, und einem demokratisierenden Populismus, der das Volk im Konflikt konstituiert und die Abwesenden mit einschließt, übergangen (Möller 2017).

Bezweifelt man also, dass Populismus per se autoritär ausgestaltet sein muss, stellt sich die Frage, ob es so etwas wie einen demokratisierenden Populismus geben kann. Diese wird derzeit unter Linken hitzig debattiert. Drei vorläufige Erkenntnisse aus linker Perspektive sollen kurz hervorgehoben werden: Erstens kommt Laclau und Mouffe der Verdienst zu, die „negativ-kontestatorische Funktion“ (Möller 2017: 247) des Populismus sichtbar gemacht zu haben. Die liberale Perspektive hält keinerlei Antwort auf die Frage bereit, wie die autoritäre Schließung politischer Systeme und diejenige von Eliten aufzubrechen wäre, sondern muss immer davon ausgehen, „dass die schon konstituierten Verfahren ausreichende Spielräume für Einspruch und Kritik erlauben.“ (ebd.: 254). Diese Annahme scheint sowohl historisch gesehen, als auch vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konjunktur eher der eigenen ideologischen Wunschvorstellung geschuldet zu sein, als der Realität zu entsprechen. Gleichwohl wirft auch der Vorschlag, den Konflikt zentral zu setzen, aus linker Perspektive viele Fragen auf. Während Laclau sich wenig für Institutionen oder Aushandlungsprozesse interessiert (für eine sehr frühe Kritik diesbezüglich vgl. Mouzelis 1978), lässt Mouffes (2013) Unterscheidung zwischen Antagonismus-Agonismus und Feind-Gegner offen, wie die Delimitationen des Feldes aussehen soll, auf dem der politische Kampf ausgetragen werden soll, wer legitime TeilnehmerIn ist oder welche Fragen Gegenstand der Auseinandersetzung sind und welche ausgenommen. Genau dies sind aber die Kernfragen jeglicher Auseinandersetzung über unterschiedliche Demokratievorstellungen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier eine gewisse Nostalgie nach einer „wahren“ liberalen Demokratie mitschwingt und eigentlich nichts anderes gemeint ist, als das – zugespitzt formuliert – SPD und CDU/CSU doch endlich wieder richtig streiten sollen, wie es noch vor Jahrzehnten der Fall war.

Dies führt zweitens zu der Erkenntnis, dass der Vorschlag, einen linken Populismus zu verfolgen, keine Antwort auf entscheidende Fragen von Organisations- und Aushandlungsprozessen gibt, von denen seine demokratische oder autoritäre Ausformung zentral abhängen würde. Mit linkem Populismus kann nicht bloß eine andere Kommunikationspolitik gemeint sein, die die Sprache der „einfachen Leute“ spricht. Diese paternalistische Haltung birgt tatsächlich einen autoritären Kern. Auch wenn kommunikative Zuspitzungen notwendig sind, „Abkürzungen wird es dabei nicht geben. Wir werden eine populäre Bewegung nicht aufbauen, indem wir lediglich versuchen, in der politischen Auseinandersetzung zuzuspitzen und volksnäher zu reden.“ (Goes/Bock 2017: 16) Vielmehr müsste ein linker Populismus organisierend wirken, er „ist ohne soziale Bewegungen, ohne Wut

und Empörung von unten, ohne Organisation und politische Selbstständigkeit der Volksklassen nicht zu haben.“ (ebd.: 67)

Abschließend liegt drittens der Gewinn der laclauschen Populismustheorie vielleicht gar nicht so sehr in ihrem rigiden Begriffsuniversum, sondern in ihrer Kritik an einer rationalistischen Politikkonzeption (Boos/Opratko 2016). Hier weisen linke Herangehensweisen und Strategien nicht selten erstaunliche Schnittmengen mit liberalen Vorstellungen auf – denn auch da stolpert man häufig über einen rationalistisch-strategischen Überhang: Organisation wird in der Frage nach der besseren und rationaleren Erklärung aufgelöst und Strategie als „Ersinnen“ von leeren Signifikanten verballhornt, von denen man meint, mit ihnen die „soziale Frage“ (gemeint ist zumeist ganz orthodox: materielle Bedürfnisse) repolitisieren zu können.

Sich nicht bloß instrumentalistisch auf die Sensibilitäten und Leidenschaften der Völker zu beziehen, sondern diese für eine emanzipatorische Politik von unten zu organisieren, darin besteht aktuell wohl die größte Herausforderung für einen demokratisierenden, einen linken Populismus, der sich den aktuellen autoritären Entwicklungen entgegenstellen will.

## Literatur

- Aibar, Julio/Rabotnikof, Nora (2012): El lugar de lo público en lo nacional-popular. In: *Nueva Sociedad* 240: 54-67.
- Allcock, J. B. (1971): 'Populism': A Brief Biography. In: *Sociology* 5(3): 371-387.
- Anderson, Kevin (2010): *Marx at the Margins*. Chicago.
- Arditi, Benjamin (2005): "Populism as an Internal Periphery of Democracy" In: Panizza, Francisco (Hg.): *Populism and the Mirror of Democracy*. London: 72-98.
- (2010): Review Essay: Populism Is Hegemony Is Politics? In: *Constellations* 17(3): 488-497.
- Aricó, José (1988): *La cola del diablo: itinerario de Gramsci en América Latina*. Montevideo.
- Boos, Tobias/Opratko, Benjamin (2016): Die populistische Herausforderung: Pure Vernunft darf niemals siegen. In: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 215: 30-37.
- /Schneider, Etienne (2016): Lateinamerikanisiert Europa!? Einige vorläufige Schlussfolgerungen zur Frage eines linken Populismus in Europa. In: Brand, Ulrich (Hg.): *Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?* Hamburg: 96-112.
- Brand, Ulrich (2016): *Lateinamerikas Linke: Ende eines Zyklus?* Hamburg.
- Burgos, Raúl (2004): *Los Gramscianos argentinos: cultura y política en la experiencia de Pasado y presente*. Buenos Aires.
- (2015): The Ups and Downs of an Uncomfortable Legacy: The Complicated Dialogue between Gramsci and the Latin American Left. In: Narchi, Nemer E. (Hg.): *Latin American Perspectives* 42 (5): 169-185.
- Canovan, Margaret (1981): *Populism*. San Diego.
- (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. In: *Political Studies*, 47 (1): 2-16.
- D'Eramo, Marco (2017): They, The People. In: *New Left Review* 103: 129-138.
- (2013): Populism and the New Oligarchy. In: *New Left Review* 82: 5-28.

- De Ipola, Emilio/Portantiero, Juan Carlos (1982): Das National-Populare und die real existierenden Populismen. In: Haug, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland (Hg.): *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*. Berlin: 87-103.
- (2009): La última utopía. In: Portantiero, Juan Carlos/Hilb, Claudia (Hg.): *El político y el científico: ensayos en homenaje a Juan Carlos Portantiero*. Buenos Aires: 197-218.
- De la Torre, Carlos (2007): The resurgence of radical populism in Latin America. In: *Constellations* 14 (3): 384-397.
- Demirović, Alex/Attac (Hrsg.) (2011): *Vielfachkrise – Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg.
- Di Tella, Torcuato (1965): Populismo y Reforma en América Latina. In: *Desarrollo Económico* 4 (16): 391-425.
- Field, Daniel (1987): Peasants and Propagandists in the Russian Movement to the People of 1874. In: *The Journal of Modern History* 59 (3): 416-438.
- Flores Galindo, Alberto (1980): *La agonía de Mariátegui: la polémica con la Komintern*. Lima.
- Gago, Veronica (2012): *Controversia: una lengua del exilio*. Buenos Aires.
- Germani, Gino (1965): *Política y sociedad en una época de transición*. Buenos Aires.
- (1978): *Authoritarianism, Fascism, and National Populism*. New Brunswick.
- Goes, Thomas E./Bock, Violetta (2017): *Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte*. Köln.
- Goodwyn, Lawrence (1976): *Democratic Promise: The Populist Moment in America*. New York.
- Gramsci, Antonio (1929-35): *Gefängnishefte*, 10 Bde. Hamburg, 1991ff.
- Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Haug, Wolfgang Fritz/Elfferding, Wieland (Hg.): *Neue soziale Bewegungen und Marxismus*. Berlin: 104-124.
- Hofstadter, Richard (1955): *The Age of Reform: From Bryan to F.D.R.* New York.
- Jessop, Bob/Bonnett, Kevin/Bromley, Simon/Ling, Tom (1984): Authoritarian Populism, Two Nations, and Thatcherism. In: *New Left Review* 147: 32-60.
- Laclau, Ernesto (1977): *Politics and Ideology in Marxist Theory: Capitalism, Fascism, Populism*. London.
- (2005): *On Populist Reason*. London.
- /Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Lenin, Wladimir (1894): Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve. In: *Lenin Werke*, Band 1: 1893–1894. Berlin: 339-528.
- Löwy, Michael/Duggan, Penelope (1998): Marxism and Romanticism in the Work of José Carlos Mariátegui. In: *Latin American Perspectives* 25 (4): 76-88.
- Miroshevsky, V. M. 1978(1941): El 'populismo' en Peru: Papel de Mariátegui en la historia del pensamiento social latinoamericano“. In: Arico, José (Hg.): *Mariátegui y los orígenes del marxismo latinoamericano*. Mexico City: 55-70.
- Mouffe, Chantal (2015): Für einen linken Populismus (10.09.2017). In: *Internationale Politik und Gesellschaft*. URL: [www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857](http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/fuer-einen-linken-populismus-857).
- (2013): *Agonistics: Thinking The World Politically*. London.
- Mouzelis, Nicos (1978): Ideology and Class Politics. In: *New Left Review* 112: 45-61.
- Möller, Kolja (2017): Invocatio Populi: Demokratischer und Autoritärer Populismus. In: *Leviathan* 45 (34): 246-267.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge.
- (2016): The Study of Populist Radical Right Parties. *C-REX Working Paper Series* 1.
- /Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): *Populism in Europe and the Americas*. Cambridge.

- /Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *Populism: a very short introduction*. Oxford.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?* Berlin.
- Opratko, Benjamin (2012): Ein theoretischer Universalschlüssel? Zur Ontologisierung des Hegemoniebegriffs bei Laclau und Mouffe. In: Dzudzek, Iris/Kunze, Caren/Wullweber, Joscha (Hg.): *Diskurs und Hegemonie*. Bielefeld: 59-83.
- Panizza, Francisco (Hg.) (2005): *Populism and the Mirror of Democracy*. London.
- Pipes, Richard (1964): Narodnichestvo: A Semantic Inquiry. In: *Slavic Review* 23 (03): 441-458.
- Pollack, Norman (1960): Hofstadter on Populism: A Critique of „The Age of Reform“. In: *The Journal of Southern History* 26 (4): 478.
- Portantiero, Juan Carlos (1991): Gramsci en clave latinoamericana. In: *Nueva Sociedad* 115: 152-157.
- Roxborough, Ian (1984): Unity and diversity in Latin American history. In: *Journal of Latin American Studies* 16(1): 1-26.
- Stanley, Ben (2008): The thin ideology of populism. In: *Journal of Political Ideologies* 13 (1): 95-110.
- Taggart, Paul A. (2000): *Populism*. Buckingham.
- Urbinati, Nadia (1998): Democracy And Populism. In: *Constellations* 5 (1): 110-124.
- Venturi, Franco (1960): *Roots of revolution: a history of the populist and socialist movements in nineteenth century Russia*. New York.
- Zinn, Howard (1980): *A people's history of the United States*. London.

**DIE  
SINNE  
SCHÄR-  
FEN!!!  
JETZT  
TESTEN:  
4 Ausgaben für 10 €  
Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)**

**ak**

**analyse & kritik**  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis